

KONSUMENTENSTIMME

Fakten, Zahlen und Hintergründe

Editorial

Mobilität



Felix Schneuwly, Head of Public Affairs

Die Grünen-Nationalrätin und transfair-Gewerkschafterin **Greta Gysin** fordert Kostenwahrheit, setzt auf die smarte Vernetzung des Strassen- und Schienenverkehrs mit autonomen Fahrzeugen und ist überzeugt, dass für weite Strecken weiterhin die Schiene das klimafreundlichste Verkehrsmittel bleiben wird. Sie wird im Parlament wohl noch heftige Debatten erleben, wenn es darum geht, wie und welche externen Kosten internalisiert werden sollen, damit Kostenwahrheit entsteht, oder ob und wie Kosten sozial abgedeckt werden.

Wie sie in ihrer Gemeinde Aarburg bei den Spitexleistungen ohne im gesundheitspolitischen Reformgetümmel in Bundesbern auch nur einen einzigen Paragraphen zu ändern und ohne Qualitätsverluste Geld spart, schildert SVP-Nationalrätin **Martina Bircher**. Bundesrat Berset und seine Spezialisten sollten sich mehr erfolgreiche Praxisbeispiele wie dieses anschauen.

FDP-Nationalrätin **Daniela Schneeberger** hat Verständnis für die Negativzinsstrategie der Schweizerischen Nationalbank und sieht ein wirtschaftspolitisches Wachstumsprogramm. Von einem gemeinsamen Effort ist man im Bundeshaus weit entfernt. Bequemer sind die Sonderwünsche, was mit den SNB-Buchgewinnen gemacht werden könnte und wer von den Negativzinsen ausgenommen werden sollte.

GLP-Nationalrat und Informatiker **Jörg Mäder** fordert von den staatlichen Verwaltungen dynamisch entwickelte IT-Projekte, weil der grosse Wurf in der sich rasch entwickelnden Digitalisierung schlicht nicht möglich ist. Die Politik sollte stabile Rahmenbedingungen schaffen und die Verwaltung muss in der sich rascher ändernden Welt agiler werden.

Comparis wünscht Ihnen viel Lesevergnügen und dem Parlament weise Beschlüsse, denn wir brauchen nicht mehr, sondern intelligentere Regulierung.

Die ökodigitale Verkehrswende

Autonomes Fahren auf Schiene und Strasse, Carsharing, smart vernetzte Fahrzeuge: Die Digitalisierung wird die Mobilität grundlegend verändern. Die Politik muss sich die Frage stellen, wie sie dieses Potenzial für den Umwelt- und Klimaschutz nutzbar machen kann.

Greta Gysin. Der Verkehr ist die grösste Quelle von klimaschädlichen Treibhausgasen in der Schweiz und aktuell zeichnet sich keine Besserung ab. Gut ein Drittel der CO₂-Emissionen fällt in diesen Bereich – Flüge ins Ausland nicht mit eingerechnet. Die Mobilität muss in der Schweiz deutlich klimaschonender werden – digitale Innovationen können dabei eine wichtige Rolle spielen. Die Rede ist z. B. von selbstfahrenden Autos und Zügen, intelligenter Fahrzeug-Vernetzung und datenbasiertem Verkehrsmanagement. Dank attraktiver Carsharing- und Carpooling-Angebote mit autonomen, untereinander vernetzten Fahrzeugen, könnte die flexible Fortbewegung im Strassenverkehr dereinst nicht länger vom Besitz eines Privatautos abhängen. Die Anzahl der Fahrzeuge – und damit auch der Ressourcen- und Platzbedarf der Mobilität – könnte dadurch deutlich reduziert werden. Heute stehen unsere Autos zu 95 Prozent der Zeit ungenutzt auf dem Parkplatz, und die mittlere Fahrzeugbelegung im Pendlerverkehr beträgt nur 1,1 Personen.

Zauberwort Kostenwahrheit

Schlecht implementierte, digitale Mobilitätskonzepte können aber Fehlanreize bieten. Dies gilt vor allem dann, wenn es der Politik nicht gelingen sollte, die richtigen Rahmenbedingungen zu setzen. Stichwort: Kostenwahrheit im Verkehr. Der motorisierte Individualverkehr ist eine sehr flexible, aber eben auch unglaublich ineffiziente Art der Fortbewegung. Selbst bei einer vollständigen Elektrifizierung der Fahrzeuge bleiben viele Probleme, unter anderem der enorme Ressourcenverbrauch in der Produktion, weiterhin ungelöst. Im Sinne einer wirksamen Klimapolitik ist die Abbildung der externen Kosten im Preis des Strassenverkehrs unumgänglich.

Und die Bahn?

Von der Einführung von Kostenwahrheit für alle Verkehrsträger würde auch die Bahn profitieren. Durch die Etablierung autonomer Fahrzeuge im Strassenverkehr und die Vermischung von privatem und öffentlichem Verkehr wird nämlich auch die Schiene unter Druck geraten. Im Güterverkehr präsentiert sich die Lage möglicherweise weniger kritisch als im Personenverkehr. Während die Pendlerinnen künftig auch im autonomen Fahrzeug ihre Zeitung lesen oder arbeiten können, und somit ein wichtiger Vorteil der Bahn entfällt, werden im Strassengüterverkehr hauptsächlich Personalkosten eingespart – ein Effekt, von dem die Bahn womöglich ebenfalls profitieren könnte. Im Schatten der Strasse finden eben auch auf der Schiene ambitionierte Automatisierungsbestrebungen statt. In Bezug auf Ressourcen-, Flächen- und Energieeffizienz und Klimaauswirkungen wird die Bahn besonders auf längeren Strecken sowieso die unangefochtene Nummer 1 bleiben. Das macht sie für eine ökologische Verkehrspolitik weiterhin unverzichtbar.

Fazit

Die smarte Vernetzung der Verkehrsflüsse und das automatisierte Fahren können im Strassen-Nahverkehr einen grossen ökologischen Nutzen bringen. Für weite Strecken wird weiterhin die Schiene das klimafreundlichste Verkehrsmittel bleiben. Damit die ökologische Verkehrswende gelingt, muss die Schweizer Politik der Abwälzung der aus dem Strassenverkehr resultierenden Klima- und Umweltschäden auf die Allgemeinheit ein Ende setzen.

«Digitale Mobilitätskonzepte können im Strassen-Nahverkehr einen ökologischen Nutzen bringen.»

Greta Gysin,
Nationalrätin



Bessere Qualität zum halben Preis

«Ambulant vor stationär» heisst die Strategie im Gesundheitswesen. Personen sollen demnach so lange wie möglich zu Hause gepflegt werden. Weiter wächst die ältere Bevölkerung in Zukunft sehr stark an. Die sogenannte Spitex gewinnt zunehmend an Bedeutung.



Martina Bircher, Nationalrätin,
Gemeinderätin Aarburg

«Wir dulden ein System, das Stillstand bewahrt und vergeben uns so die Chance auf Effizienz und Innovation.»

Martina Bircher. Die Spitex-Kosten werden auf drei Schultern verteilt. Die Kosten für Pflegebedürftige und Krankenkassen sind gesetzlich fixiert, die restlichen Kosten – die sogenannten Restkosten – muss die jeweilige Wohnsitzgemeinde übernehmen. Die Gemeinden müssen heute ihre Hausaufgaben machen, damit sie in einigen Jahren nicht von den Kosten überrollt werden.

Die öffentlichen Spitex-Organisationen sind historisch bedingt oftmals aus Frauenvereinen entstanden. Mit der Professionalisierung und den immer höheren gesetzlichen Anforderungen geraten diese Organisationen an ihre Grenzen. Die meisten Leistungsverträge zwischen Gemeinden und «ihrer» Spitex beruhen auf einer sogenannten Defizitgarantie. Sprich, egal wie hoch die Restkosten ausfallen, sie werden von der Gemeinde übernommen. Eine Defizitgarantie ist betriebswirtschaftlich absurd. Viele Gemeinden und kleine Spitex-Organisationen haben das Problem zwar erkannt, doch von Lösen kann keine Rede sein: Man will die Strukturen mit allen Mitteln verteidigen und es besteht die Gefahr des Stillstands. In dieser Branche braucht es endlich Leistungsverträge, die ausgeschrieben werden und einen Tarif pro Stunde enthalten. Nur so kann ein echter Markt entstehen und alle Anbieter, öffentliche wie auch private Organisationen, haben die Möglichkeit, ihr Angebot abzugeben.

Die Gemeinde Aarburg im Kanton Aargau hat 2017 eine Ausschreibung gemacht und das Resultat war beachtlich. Die offerierten Tarife waren bis zu 50 Prozent tiefer als die bis dahin geleistete Defizitgarantie.

Die Gemeinde Aarburg schloss per 1.1.2018 mit der Spitex Lindenpark in Oftringen eine Leistungsvereinbarung ab. Die ambulanten Pflegekosten für die Gemeinde Aarburg konnten so halbiert und damit 250'000 Franken pro Jahr eingespart werden.

Finanzielle Einsparungen wurden übertroffen

Die Spitex Lindenpark gehört zur Stiftung Lindenhof und ist eine renommierte Pflegeeinrichtung für innovative und qualitativ hochstehende Pflege. Eine Umfrage bei den betreuten Einwohnern zeigte eine äusserst hohe Zufriedenheit. Die Qualität konnte gegenüber früher gesteigert werden, so bietet die Spitex Lindenpark einen Abend- und Nachtdienst sowie einen Mahlzeitendienst an. Ebenfalls spezifische Pflege wie Palliativ- oder Onko-Spitex kann nun aus einer Hand angeboten werden. Die finanziellen Einsparungen wurden sogar noch leicht übertroffen.

Chance auf Effizienz und Innovation

Die Neuvergabe des Leistungsauftrags schlug zwar hohe Wellen, trotzdem bewegt sich in der Gemeinde- und Spitex-Landschaft noch kaum etwas. Denn auf der einen Seite sind die Pflegebedürftigen, sie haben viele Vorbehalte. Sie sind unsicher, haben Bedenken, dass eine andere Spitex nicht adäquat ist, und es kursieren viele Vorurteile gegenüber «privaten» Spitex-Anbietern. Auf der anderen Seite sind die «öffentlichen» Spitex-Organisationen, die «ihre» Leistungsvereinbarung als sakrosankt ansehen. Würden sie den Auftrag verlieren, müssten sie oftmals ihren Betrieb einstellen. Der «eigenen» Spitex den Leistungsauftrag zu kündigen scheint unsolidarisch zu sein. Heute dulden wir demnach ein System, das Stillstand bewahren will. Damit vergeben wir uns gleichzeitig die Chance auf Effizienz und Innovation. Wir stehen in der Verantwortung, dass sich die ambulante Pflege weiterentwickelt und dass sie auch in Zukunft noch zahlbar ist. Daher brauchen wir endlich einen echten Markt und Gemeinden, die Mut haben und ihre Verantwortung wahrnehmen.

Öffentliche Spitex*

293'000
Personen

nahmen 2018
öffentliche Spitex-
Dienstleistungen
in Anspruch



59% davon waren Frauen

Die öffentliche Spitex
leistete 2018 rund
12 Mio.
Arbeitsstunden



Die Anzahl
der Vollzeitstellenäquivalenten
der öffentlichen Spitex stieg
zwischen 2011 und 2018
um 27% an

Die Spitex-Dienstleistungen
kosteten 2018 insgesamt

2.5 Milliarden
Franken

Leistungs-
bezüger

18%

KOSTENVERTEILUNG

Öffentliche Hand

41%

* Die öffentliche Spitex meint hier die gemeinnützigen und öffentlich-rechtlichen Spitex-Unternehmungen; die private Spitex umfasst die erwerbswirtschaftlichen Spitex-Unternehmungen und die selbstständigen Spitex-Pflegefachpersonen.

Jede Medaille hat eine Kehrseite

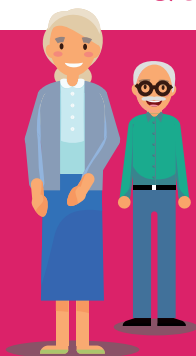
Negativzinsen sind kein Allheilmittel. Sie schaden der Rendite und schaffen Systemrisiken. Ohne Negativzinsen kommt es zu einer Überbewertung des Schweizer Frankens. Die richtige Antwort ist volkswirtschaftliches Wachstum, nur so kann das Problem gelöst werden.

«Eine wirtschaftliche Vorwärtsstrategie muss die negativen Folgen der Zinspolitik ausbügeln.»

Daniela Schneeberger,
Nationalrätin



Private Spitex*



74'000 Personen nahmen 2018 private Spitex-Dienstleistungen in Anspruch

66% davon waren Frauen



Die private Spitex leistete 2018 rund **5 Mio. Arbeitsstunden**

Die Anzahl der Vollzeitstellenäquivalenten der privaten Spitex stieg zwischen 2011 und 2018 um **149% an**

41%

Versicherungen



Die Betreuungskosten stiegen zwischen 2011 und 2018 insgesamt um **47% an**

Daniela Schneeberger. 2014 führte die Schweizerische Nationalbank (SNB) Negativzinsen auf ihr Guthaben ein. Dies nachdem mehrere andere Staaten bereits Negativzinsen eingeführt hatten. Seither hat sich das Negativzinsumfeld weiter ausgeweitet. Der Grund für die Einführung war die Sorge vor einer Rezession, bedingt durch einen zu starken Franken und die damit verbundenen Schäden für die produzierende Wirtschaft. Zinsen haben eine starke Wirkung auf das System – positive, wie negative. Bei Negativzinsen reduzieren sich die Renditen der Vorsorgeeinrichtungen und Sozialversicherungen. Banken können keinen Zins mehr auszahlen oder führen Negativzinsen ein. Das Ziel ist immer das gleiche: Investitionen und Konsum sollen angekurbelt werden. Ein Effekt davon ist zum Beispiel, dass Hypotheken und Kredite zu günstigen Konditionen bezogen werden können. Grundsätzlich ist es aber so, dass die Zinspolitik damit auch die Risiken in der Volkswirtschaft beeinflusst: Vorsorgeeinrichtungen kompensieren den Ertragsrückgang durch riskantere Anlagestrategien mit höheren Renditen. Im Immobilienmarkt kann es aufgrund der günstigen Hypotheken zu einer Überhitzung kommen. Firmen, die zu leichtfertig Kredite aufnehmen, können in einer gefährlichen Überschuldungsfalle landen.

Das Ziel der SNB ist immer dasselbe: Preisstabilität gewährleisten und dabei der konjunkturellen Entwicklung Rechnung tragen. Wächst die Wirtschaft, dann kompensiert dies die negativen Zinseffekte. Mit den Negativzinsen macht die SNB nach Aufhebung des Euromindestkurses Anlagen in Schweizer Franken weiterhin unattraktiv und schwächt so den Aufwertungsdruck. Ein zu starker Franken wäre schädlich für die Konjunkturentwicklung, gefährdet Arbeitsplätze sowie unsere gesamte Exportwirtschaft und hat Einfluss auf die Teuerung. Im international anhaltenden Tiefzinsumfeld wäre ein Zinsanstieg der Schweiz ein Gegenteil, welche diese Aufwertung wahrscheinlich machen würde.

Vor diesem Hintergrund ist klar, was die Schweiz braucht: ein Wachstumsprogramm. Eine

Reformagenda, die diesen Namen verdient. Wir müssen uns an die Arbeit machen, die wirtschaftliche Leistung anzukurbeln und die Wertschöpfung zu steigern. Doch leider gibt es auch viele Forderungen, die in die falsche Richtung weisen: Weitergehende Ausnahmen für die Sozialversicherungen beispielsweise würden grosse Vermögenswerte vom Negativzins ausnehmen und so deren Wirkung schmälern. Die Zuteilung von Geldern der SNB (Gewinn oder Eigenkapital) an die AHV würde Begehrlichkeiten in allen politischen Bereichen wecken, bei welchen es schwierig ist, strukturelle Reformen anzugehen.

Die SNB ist politisch unabhängig. Sie muss die Geld- und Währungspolitik der Schweiz gemäss ihrer Expertise gestalten können. Die Politik kann also keinen Einfluss auf die SNB ausüben. Sie hat aber andere Mittel, um die negativen Folgen der Zinspolitik abzufedern.

Es braucht eine wirtschaftliche Vorwärtsstrategie, welche es unseren Unternehmen ermöglicht, unter Druck noch effizienter und innovativer zu werden. Es braucht Reformen und den Willen zu Wachstum. Nur so werden Arbeitsplätze in der Schweiz geschaffen, die Preise gesenkt und Investitionen als Alternative zum Bankkonto attraktiv. Nur so können wir die negativen Effekte der Zinspolitik kompensieren und gleichzeitig die Währung stabil halten. Wir können uns unter diesen schwierigen wirtschaftlichen Voraussetzungen keine international unüblichen Steuern (wie beispielsweise die Stempelabgabe), horrenden Bürokratiekosten (wie die Mehrwertsteuer) oder überbordende Regulierungsprojekte leisten. Stattdessen müssen wir die bestmöglichen Bedingungen schaffen, damit die Schweiz die Chancen der Digitalisierung nutzen kann und damit sie über exzellente Absatzmöglichkeiten im Ausland verfügt. Das sind die Bedingungen, die das Unternehmertum ermöglichen und Innovation vorantreiben können. Gleichzeitig müssen die Schranken richtig gesetzt werden, damit eine übermässige Verschuldung verhindert werden kann.

Dateien statt Papier?

Die Digitalisierung beeinflusst unseren Alltag wie auch das Berufsleben immer stärker. Die staatliche Verwaltung bildet hier keine Ausnahme. Doch meist werden einfach die bestehenden Dokumente und Prozesse eins zu eins auf den Computer übertragen. Das ist aber deutlich zu wenig und eine verpasste Chance.

Jörg Mäder. Die Digitalisierung ist eine grosse Chance, die weit über ein «A4-Blätter-durch-PDFs-ersetzen» hinausgeht. Nehmen wir als Beispiel Google Maps, das mehr ist, als eine Landkarte auf einem Bildschirm. Google Maps verbindet diese Karte mit anderen Diensten: Standortbestimmung, Hotelsuche, Fahrplan, Wetterbericht und mehr.

Aber speziell in der Verwaltung versteht man unter Digitalisieren oft ein einfaches Ersetzen von A4-Blättern in Bundesordnern durch PDFs in Dateiodnern. Dabei sind gerade PDFs (oder auch Word-Dateien) das falsche Mittel. Ihr Zweck ist es, Text und Bilder so darzustellen, dass sie ausgedruckt ordentlich aussehen. Aber mit der Digitalisierung wollen wir doch weg vom Papier! Nehmen wir als Gegenstück das Internet. Dort sind die Inhalte für den Bildschirm optimiert und alles ist miteinander verlinkt. Eine gute Verwaltungssoftware sollte das genau gleich machen. Steht irgendwo ein Geldbetrag, sollte daneben ein Link sein, der aufzeigt, wie und warum diese Zahl berechnet wurde. Wird ein Name angezeigt, sollte man direkt von dort aus alle zugehörigen Mails anzeigen können oder überprüfen, in welcher Gemeinde die Person angemeldet ist. Das spart Zeit und reduziert Fehlerquellen.

Gehen wir noch einen Schritt weiter und verbinden Computerspiele mit Baugesuchen. Für ein Baugesuch braucht es zahlreiche Pläne

«Der Staat geht IT-Projekte falsch an. Er sucht den grossen Wurf, statt dynamische Entwicklung.»

Jörg Mäder,
Nationalrat



und Datenblätter. Einige Kantone planen nun eine elektronische Einreichung. Als PDF! Dabei beherrscht jedes Smartphone 3D-Spiele, in denen man durch ganze Städte hindurch laufen kann. Wieso nutzen wir diese Technik nicht? Dann könnte jeder interessierte Nachbar das neue Gebäude aus allen Blickwinkeln betrachten und die Baubehörde könnte auf Knopfdruck das Verhältnis zwischen Fensterfläche und Zimmergrösse berechnen lassen und mit den gesetzlichen Vorgaben vergleichen.

Nun stellt sich aber die Frage, warum der Staat bei der Digitalisierung ständig scheitert. Er geht die Sache falsch an. Er ist sich gewohnt, Ideen in ein grosses Projekt zu packen und via Submission einen Anbieter zu suchen. Bei Bauprojekten ein gutes Vorgehen – nicht aber in der IT. Software entwickelt sich dynamisch. Startpunkt sind die Daten, respektive das Datenformat, das genau definiert, was wie gespeichert wird. Als nächstes werden die Zugriffsrechte

definiert, dann die Schnittstellen für Ein- und Ausgabe sowie die Prozesse für Berechnungen. All diese Einzelteile kann man zeitlich gestaffelt definieren und an verschiedene Unternehmer vergeben. So werden Risiken und Abhängigkeiten minimiert und die Möglichkeiten zur Weiterentwicklung erhalten.

Zum Schluss: Jede grosse Chance, speziell auch die Digitalisierung, ist mit Gefahren verbunden. Während Firmen sich eher noch Fehler erlauben können (als Kunde kann man ja zur Konkurrenz), hat hier der Staat klar strengere Richtlinien einzuhalten. Nicht jeder in der Verwaltung soll alles sehen können, was über uns gespeichert ist. Idealerweise kann der Bürger sogar anfragen, wer welche seiner Daten angeschaut, erstellt oder gar verändert hat. Denn während der Staat im Grundsatz transparent sein soll, haben wir als Betroffene ein Recht auf Privatsphäre. Der Staat soll gläsern sein, nicht wir Menschen.

40'000

Bis 2026 werden in den Informations- und Kommunikationstechnologiebranchen rund 40'000 Fachkräfte fehlen. Treiber der hohen Nachfrage ist unter anderem die Digitalisierung der Verwaltung.

COMPARIPEDIA smartrail 4.0

Das Innovationsprogramm smartrail 4.0 wird den Schweizer Bahnverkehr grundsätzlich verändern. Es will das Potential der Digitalisierung für den Bahnverkehr nutzbar machen. Das umfasst beispielsweise die automatische Störungsbehebung, die automatisierte Fahrplanplanung, eine kürzere Zugfolgezeit, Assistenzsysteme im Führerstand oder die automatisierte Baustellenwarnung. Damit soll die Kapazität und Sicherheit des Bahnverkehrs schrittweise erhöht und die Bahninfrastruktur effizienter genutzt werden. Die Kunden profitieren von einem dichteren Fahrplankontakt, weniger Störungen und einem besseren Informationsfluss im Störfall. 2020 werden die neuen Technologien erprobt, 2027 soll der industrielle Rollout beginnen.

IMPRESSUM

Herausgeber: comparis.ch,
Birmensdorferstrasse 108, 8003 Zürich
Design: comparis.ch
Übersetzung: comparis.ch
Druck: Linkgroup AG, Zürich
Reaktionen: media@comparis.ch
www.comparis.ch